Anlage

GESELLSCHAFTSVERTRAG

der

BBF-Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH

mit Sitz in Bielefeld

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Firma und Sitz

- (1) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung führt die Firma

BBF-Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH.

- (2) Sitz der Gesellschaft ist Bielefeld.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bädern und Eisbahnen. Mit dem Unternehmensgegenstand verfolgt die Gesellschaft gleichzeitig einen öffentlichen Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Im Rahmen der kommunalrechtlichen Regelungen kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen erwerben, errichten oder pachten.

§ 3 Dauer der Gesellschaft

Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.

§ 4 Stammkapital und Stammeinlagen

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt Euro 2.500.000,00 (In Worten: Euro zweimillionenfünfhunderttausend)

§ 5 Verfügung über Geschäftsanteile

Die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder Teilen der Geschäftsanteile ist nur mit vorheriger Zustimmung der Gesellschaft zulässig. Die Zustimmung darf nur nach vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung erteilt werden.

§ 6 Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. Die Gesellschafterversammlung

2. Die Geschäftsführung
3. Der Aufsichtsrat
4. Der Beirat

II. Gesellschafterversammlung

§ 7

Aufgaben der Gesellschafterversammlung

(1) Die Gesellschafterversammlung nimmt die ihr durch Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Aufgaben wahr. Die Gesellschafterversammlung entscheidet über die Grundsätze der Unternehmenspolitik.

(2) Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten:

1. die Änderung der Rechtsform der Gesellschaft,
2. Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen,
3. Abschluss und Änderung Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes (AktG)
4. der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen, Unternehmensteilen und von Beteiligungen und Gründung von Tochtergesellschaften,
5. Auflösung der Gesellschaft,
6. Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
7. Verfügung über Geschäftsanteile,
8. Einziehung von Geschäftsanteilen,
9. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes und seiner Nachträge,
10. die Wahl des Abschlussprüfers
11. Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses
12. Bestellung, Abberufung und Entlastung der Geschäftsführer
13. Übernahme neuer Aufgaben im Rahmen des Unternehmensgegenstandes,
14. die Erhöhung von bestehenden Beteiligungen,
15. die Stimmabgabe in Gesellschafter- und Hauptversammlungen von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in Angelegenheiten von wesentlicher Bedeutung,
16. Wahl und Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat oder ein entsprechendes Organ von Beteiligungsunternehmen
17. Festsetzung der Vergütung der Aufsichtsrats- und Beiratsmitglieder,
18. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates,
19. Abschluss, Änderung und Beendigung von Verträgen über Beteiligungen am Gewinn der Gesellschaft,
20. sämtliche Maßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz,
21. Verfügung über das Gesellschaftsvermögen als Ganzes oder über wesentliche Teile des Gesellschaftsvermögens,
22. alle sonstigen Angelegenheiten, die nach dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag oder einem Beschluss der Gesellschafterversammlung Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vorsehen.

§ 8

Einberufung und Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung

- (1) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet jährlich innerhalb der gesetzlichen Fristen nach Vorlage des geprüften und bestätigten Jahresabschlusses der Gesellschaft statt.
- (2) Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft liegt oder ein Gesellschafter dies unter Angabe von Gründen fordert.
- (3) Die Gesellschafterversammlung wird durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und bei dessen Verhinderung durch seinen Stellvertreter schriftlich oder in elektronischer/digitaler Form (z.B. per E-Mail) unter Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen mit einer Frist von zwei Wochen einberufen.
- (4) Die Gesellschafter fassen ihre Beschlüsse in Gesellschafterversammlungen. Die Beschlüsse können – vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Formvorschriften – auch fernmündlich oder schriftlich (einschl. Telefax) gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter mit diesem Verfahren einverstanden erklären.
- (5) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung alle Gesellschafter vertreten sind. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist unverzüglich mit einer Frist von einer Woche eine neue Sitzung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist sodann ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Gesellschafter beschlussfähig. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.
- (6) Ist die Gesellschafterversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen, so können rechtswirksame Beschlüsse gefasst werden, wenn alle Gesellschafter anwesend oder ordnungsgemäß vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden sind.
- (7) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag ein anderes Mehrheitserfordernis vorsieht.
- (8) Die Gesellschafterversammlung wählt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen einen Vorsitzenden, dies kann z. B. ein Mitglied der Geschäftsführung sein. Der Vorsitzende leitet die Versammlung.
- (9) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung zu unterzeichnen ist. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Versammlung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung sowie der wesentliche Inhalt der Verhandlung und Beschlüsse anzugeben. Jedem Gesellschafter ist spätestens mit der Einladung zur nächsten ordentlichen Gesellschafterversammlung eine Abschrift der Sitzungsniederschrift zuzuleiten.
- (10) Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung teil, sofern die Gesellschafterversammlung im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt.
- (11) Die Mitglieder im Aufsichtsrat können an den Gesellschafterversammlungen teilnehmen, soweit nicht ein Gesellschafter widerspricht.
- (12) Die Gesellschafterversammlung findet am Ort der Gesellschaft statt, falls die Gesellschafter nicht einstimmig einen anderen Ort bestimmen.

III. Geschäftsführer

§ 9

Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer

Die Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen.

§ 10

Aufgaben der Geschäftsführer

- (1) Die Aufgaben der Geschäftsführer im Einzelnen sowie die Geschäftsverteilung werden in der von der Gesellschafterversammlung zu erlassenden Geschäftsordnung festgelegt.
- (2) Die Geschäftsführung ist berechtigt und verpflichtet, Vorgänge von besonderer Bedeutung der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
- (3) Die Geschäftsführer haben ihre Aufgaben mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes und in eigener Verantwortung wahrzunehmen. Sie sind der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, so zu handeln, wie ihnen dieses durch Gesetze, den Gesellschaftsvertrag, ihren Dienstvertrag, die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sowie der Geschäftsordnung auferlegt wird.

§ 11

Vertretung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.

Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer einzeln vertreten, wenn er alleiniger Geschäftsführer ist. Falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

- (2) Die Geschäftsführer können durch Gesellschafterbeschluss von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (3) Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen.
- (4) Weitere Einzelheiten über die Vertretungsbefugnis regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.
- (5) Der Geschäftsführeranstellungsvertrag muss die Veröffentlichung der Bezüge der Geschäftsführer im Jahresabschluss gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NRW zulassen.

IV. Aufsichtsrat

§ 12

Bildung, Zusammensetzung und Dauer des Aufsichtsrates

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 9 stimmberechtigten Mitgliedern besteht.
- (2) Die nach Abs. 1 stimmberechtigten Mitglieder des Aufsichtsrates werden wie folgt bestellt:
 - a) Der Rat der Stadt Bielefeld hat, solange die Stadtwerke Bielefeld GmbH Gesellschafterin der BBF GmbH ist, das Recht, acht (8) Mitglieder in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu entsenden und diese jederzeit abzurufen, , darunter den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld oder ein von ihm bestellter Angestellter oder Beamter der Stadt Bielefeld, sowie ein Mitglied, das der Geschäftsführung der Stadtwerke Bielefeld GmbH angehören soll.
 - b) Ein Mitglied des Aufsichtsrates ist ein bei der BBF-Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH beschäftigter Arbeitnehmervertreter, wobei die Bestellung und Entsendung des Arbeitnehmervertreters nach den Regelungen des § 108 a GO NRW in Verbindung mit der Wahlverordnung für Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter in fakultativen Aufsichtsräten (AvArWahlVO) in der jeweils geltenden Fassung durch den Rat der Stadt Bielefeld zu erfolgen hat. Die Arbeitnehmervertreter sind an die Beschlüsse des Rates der Stadt Bielefeld gebunden und können von diesem jederzeit abberufen werden. Die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter endet jeweils mit der Amtsdauer des Aufsichtsrates nach Abs.3.
- (3) Die Amtsdauer des Aufsichtsrates endet mit Ablauf der jeweiligen Wahlperiode des Rates der Stadt Bielefeld. Der alte Aufsichtsrat führt seine Geschäfte bis zur Bildung des neuen Aufsichtsrates weiter. Eine Wiederwahl oder Wiederbestellung ist zulässig.
- (4) Aufsichtsratsmitglieder, die mit Rücksicht auf ihre behördliche oder berufliche Stellung in den Aufsichtsrat entsandt worden sind, haben, wenn sie aus dieser Stellung ausscheiden, ihr Amt sofort niederzulegen. Kommt das Aufsichtsratsmitglied dieser Verpflichtung nicht nach, kann der Entsendungsberechtigte das Aufsichtsratsmitglied auch in diesem Fall abberufen.
- (5) Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf der Amtsdauer aus, so erfolgt die Entsendung eines Ersatzmitgliedes durch den berechtigten Rat stets für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds, wobei die geltenden Bestimmungen der GO NRW zu beachten sind. Bei Ausscheiden des Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters aus seinem Hauptamt wird sein Sitz im Aufsichtsrat, sofern er nicht einen Angestellten oder Beamten für die Ausübung bestellt hat, für den Rest der Amtsdauer von dessen bestelltem allgemeinen Vertreter wahrgenommen, sofern nicht eine Nachwahl vollzogen wird. Für die Bestellung eines Nachfolgers für einen abberufenen Arbeitnehmervertreter ist § 108 a Abs. 8 Sätze 3 bis 6 GO NRW anzuwenden.
- (6) Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten eine von der Gesellschafterversammlung festzusetzende angemessene jährliche Vergütung. Darüber hinaus haben sie Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen.
- (7) Die vom Rat entsandten Vertreter sind an die Beschlüsse und Weisungen des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Sie haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen.

§ 13

Vorsitz, Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates

- (1) Der Vorsitzende des Aufsichtsrates und sein Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte für die in § 12 Abs. 3 festgelegte Amtsdauer gewählt. Scheidet der Vorsitzende oder der Stellvertreter vorzeitig aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen. Der Stellvertreter handelt bei Verhinderung des

Vorsitzenden.

- (2) Der Aufsichtsrat wird vom Vorsitzenden einberufen, so oft wie es die Geschäfte erfordern oder wenn es von der Geschäftsführung oder mindestens zwei Aufsichtsratsmitgliedern beantragt wird. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern der Aufsichtsrat im Einzelfall nicht etwas anderes beschließt.
- (3) Die Einberufung muss schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen mit einer Frist von zwei Wochen erfolgen. Bei der Berechnung der Ladungsfrist werden der Tag der Absendung der Ladung (Poststempel des Absendeortes ist maßgeblich) und der Tag der Sitzung nicht miteinbezogen. In dringenden Fällen kann eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewährt werden.
- (4) Der Aufsichtsrat entscheidet durch Beschluss. Er ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Im Falle der Beschlussunfähigkeit kann binnen einer Woche eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Bei der Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder in jedem Fall beschlussfähig ist.
- (5) Soweit sich aus dem Gesetz oder diesem Gesellschaftsvertrag nichts anderes ergibt fasst der Aufsichtsrat seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat eine Stimme. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden und im Falle seiner Verhinderung die seines Stellvertreters.
- (6) Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können ihr Stimmrecht schriftlich ausüben und schriftliche Stimmabgabe durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied oder durch eine andere Person, die nicht dem Aufsichtsrat angehört, überreichen lassen. Eine Bevollmächtigung zur Ausübung des Stimmrechts ist nicht zulässig.
- (7) Beschlüsse können auch durch schriftliche oder fernmündliche Stimmabgabe, die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder seinem Stellvertreter einzuholen ist, per Telefax oder E-Mail herbeigeführt werden, wenn keines der Aufsichtsratsmitglieder dieser Abstimmungsform widerspricht. Fernmündliche Stimmabgaben bedürfen der schriftlichen Bestätigung. Für den Eingang der Stimme ist eine Frist von mindestens einer Woche, vom Tage der Absendung des Aufforderungsschreibens an gerechnet, festzusetzen. Die Beschlüsse sind im Protokoll der nächsten ordentlichen Aufsichtsratssitzung schriftlich zu dokumentieren.
- (8) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung zu unterzeichnen und den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern zuzuleiten ist. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung sowie der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und Beschlüsse anzugeben.
- (9) Erklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden im Namen des Aufsichtsrates unter der Bezeichnung Aufsichtsrat der „BBF-Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH“ abgegeben.
- (10) Der Aufsichtsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 14 Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführung und gibt der Geschäftsführung eine Geschäftsordnung. Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gegenüber der Geschäftsführung.
- (2) Der Aufsichtsrat berät die folgenden Angelegenheiten vor, deren Entscheidung der Gesellschafterversammlung obliegen und unterbreitet der Gesellschafterversammlung einen Beschlussvorschlag betreffend
 - a) die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans und seiner Nachträge,
 - b) die Erteilung des Prüfauftrages nach Wahl des Abschlussprüfers durch die Gesellschafterversammlung, die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung durch die Gesellschafterversammlung,
 - c) die Verwendung des Ergebnisses,
 - d) die Übernahme neuer Aufgaben, Erweiterung oder Einschränkungen von Unternehmenszweigen,
 - e) den Erwerb, die Veränderung von Anteilen und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen
 - f) die Entlastung der Geschäftsführung
- (3) Der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, soweit diese Geschäfte nicht schon im Wirtschaftsplan ohne besondere Vorbehalte vorgesehen sind:
 1. der Abschluss von Rechtsgeschäften, sofern der Wert im Einzelfall oberhalb einer vom Aufsichtsrat festzulegenden Wertgrenze liegt,
 2. die Errichtung oder Veränderung baulicher Anlagen, sofern der Wert im Einzelfall oberhalb einer vom Aufsichtsrat festzulegenden Wertgrenze liegt.
- (4) Außer in den im Gesetz und in diesem Vertrag bereits vorgesehenen Fällen bedarf die Geschäftsführung in folgenden Angelegenheiten der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:
 1. der Verzicht auf Ansprüche der Gesellschaft und der Abschluss von Vergleichen, soweit der Wert im Einzelfall oberhalb einer vom Aufsichtsrat festzulegenden Wertgrenze liegt,
 2. die Stundung von Zahlungsverbindlichkeiten über drei Monate nach Rechnungserteilung hinaus, soweit der Wert im Einzelfall oberhalb einer vom Aufsichtsrat festzulegenden Wertgrenze liegt,
 3. der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten, soweit der Wert im Einzelfall oberhalb einer vom Aufsichtsrat festzulegenden Wertgrenze liegt,
 4. die Übernahme von Bürgschaften, bürgschaftsähnlichen Garantien sowie die Gestellung dinglicher Sicherheiten,
 5. die Aufnahme und Hingabe von Darlehen, die nicht im Wirtschaftsplan enthalten sind, soweit der Wert im Einzelfall oberhalb einer vom Aufsichtsrat festzulegenden Wertgrenze liegt,
 6. die Regelung allgemeiner Personalverhältnisse, wenn sie von grundsätzlicher Bedeutung sind,
 7. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen sowie die Bestimmung der Grundzüge der Anstellungsbedingungen der Prokuristen,
 8. Formulierung des Prüfauftrages an den Wirtschaftsprüfer.

V. Beirat

§ 16 Beirat

- (1) Zur Beratung der Geschäftsführung der Gesellschaft in wichtigen Angelegenheiten wird ein Beirat von bis zu fünfzehn Personen gebildet. Er kann sich insbesondere zu Fragen der laufenden Betriebsführung der Bäder und Eisbahnen, der Umgestaltung von Bädern sowie zu der Aufgabe einzelner Bäderstandorte äußern. Er soll als Verbindungsstelle zu allen gesellschaftlichen Gruppen dienen. Die Bestimmungen des AktG über Aufsichtsräte sind auf den Beirat nicht entsprechend anzuwenden.
- (2) Die Berufung der Mitglieder des Beirats erfolgt durch den Rat der Stadt Bielefeld. Der Beirat setzt sich zusammen aus Vertretern der Bäderinitiativen, des Stadtsportbundes und ggf. Vertretern anderer gesellschaftlicher Gruppen.
- (3) Die Amtsdauer des Beirates entspricht der Amtsdauer des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft. Der alte Beirat führt die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Beirates fort. Scheidet ein Beiratsmitglied während der Amtszeit aus, so erfolgt eine neue Bestellung nur für den Rest der Amtszeit.
- (4) Jedes Beiratsmitglied kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft niederlegen.
- (5) Ein Beiratsmitglied kann vor Ablauf seiner Amtszeit jederzeit durch den Entsendungsberechtigten abberufen werden.
- (6) Die Beiratsmitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter. Der Beirat ist einzuberufen, sobald der Vorsitzende dies für erforderlich hält.
- (7) Die Mitglieder des Beirates sind zur Verschwiegenheit entsprechend den §§ 93 und 116 AktG verpflichtet.
- (8) Die Beiratsmitglieder erhalten eine Vergütung.
- (9) Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung, die die gesetzlichen Bestimmungen sowie diesen Gesellschaftsvertrag zu beachten hat.

VI. Geschäftsjahr, Gewinnverteilung, Rechnungslegung, Prüfung

§ 17 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 18 Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfung

- (1) Jahresabschluss und Lagebericht sind von den Geschäftsführern innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufzustellen und

dem Abschlussprüfer unverzüglich nach der Aufstellung vorzulegen. Die Bezüge der Mitglieder der Organe der Gesellschaft werden entsprechend der Regelungen des § 108 Abs. 1 Nr. 9 Gemeindeordnung (Nordrhein-Westfalen) im Anhang veröffentlicht. Im Lagebericht ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung detailliert Stellung zu nehmen.

- (1) Jahresabschluss und Lagebericht sind entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB zu prüfen. Der Prüfungsauftrag hat sich entsprechend den Erfordernissen des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die Darstellung wirtschaftlich bedeutsamer Sachverhalte zu erstrecken. Nach Maßgabe des § 53 Abs. 1 Nr. 3 HGrG wird der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers der Stadt Bielefeld zur Verfügung gestellt. Unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes des Abschlussprüfers haben die Geschäftsführer den Jahresabschluss, Lagebericht und den Prüfungsbericht der Gesellschafterversammlung vorzulegen. Ferner hat die Geschäftsführung den geprüften Jahresabschluss und den geprüften Lagebericht unverzüglich dem Aufsichtsrat zur Vorbereitung der Beschlussempfehlung gemäß § 14 Abs. 2 b. zuzuleiten.
- (2) Der Stadt Bielefeld werden die Befugnisse nach § 54 HGrG eingeräumt.
- (3) Der Stadt Bielefeld wird das Recht eingeräumt, von der Gesellschaft Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die für die Aufstellung des Gesamtabschlusses gemäß § 116 GO NRW erforderlich sind.
- (4) Die Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes richtet sich nach handelsrechtlichen und zusätzlichen gemeinderechtlichen Bestimmungen

§ 19 Wirtschaftsplan

- (1) In sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften stellen die Geschäftsführer so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass der Aufsichtsrat vor Beginn des Geschäftsjahres diesen beraten und die Gesellschafterversammlung diesen beschließen kann.
- (2) Der Wirtschaftsplan umfasst den Vermögensplan, den Erfolgsplan und die Stellenübersicht.
- (3) Der Wirtschaftsführung sind der Wirtschaftsplan und eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen, die den Gesellschaftern und der Stadt Bielefeld unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen ist.
- (4) Das Unternehmen ist in sinngemäßer Anwendung der Wirtschaftsgrundsätze nach § 109 Gemeindeordnung (Nordrhein-Westfalen) zu führen.

§ 20 Bekanntmachungen

- (1) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit gesetzlich vorgeschrieben, im elektronischen Bundesanzeiger.

- (2) Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes werden ortsüblich bekanntgemacht. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht auszulegen. In der Bekanntmachung wird auf die Auslegung hingewiesen. Der Jahresabschluss und Lagebericht sind bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Die Bekanntmachung ist den Gesellschaftern unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen.

§ 21

Gleichstellung von Frauen und Männern

- (1) Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Vorschriften des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern – Landesgleichstellungsgesetz (LGG NRW)- anzuwenden.
- (2) Funktionsinhaber im Sinne dieses Gesetzes sind weibliche und männliche Personen.

§ 22

Gültigkeitsklausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sind oder werden oder aus Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmungen entspricht. Im Fall von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vernünftigerweise vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.